Nummer 263 — Halle, Sonnabend, den 8. November 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark durch die Post 1.85 Goldmark und 42 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet. Die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus Neue Promenade 10 und Gr. Brauhausstraße 11. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig für 22813. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Bern: Das Schweizer Kinderbiliskomitee beschloß, gemeinsam mit den übrigen Komitees dieser Art, die Hilfstätigkeit für deutsche Kinder Ende dieses Jahres abzuschließen.

*

Staatsminister a. D. Dr. Hergt ist für die Reichstagswahlen als deutschnationaler Spitzenkandidat für den Wahlkreis Niederschlesien aufgestellt worden.

Reichskanzler Dr. Marx ist als Spitzenkandidat für Schleswig-Holstein aufgestellt.

Die sozialdemokratische Partei Westfalen-Nord und Mitte hat den preußischen Innenminister an die Spitze ihrer Kandidatenliste für den Reichstag gesetzt. Die Demokraten in Westfalen-Nord werden den Grafen Harry Kessler an der Spitze kandidieren lassen.

*

In Weimar begannen die Verhandlungen gegen den früheren thüringischen Staatsminister Hermann. Wir werden darüber noch ausführlicher berichten.

*

Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß die kommunistische Partei in Berlin 45 Wahlredner aufgestellt hat, die mit falschen Ausweispapieren versehen in Versammlungen der Rechtsparteien als deutschnationale oder volksparteiliche Redner auftreten sollen. Außerdem sollen kommunistische Stoßtrupps durch Radaustenen die Versammlungen stören.

*

Die bayerische Regierung hat einen Untersuchungskommissar nach Ingolstadt geschickt, der den Zwischenfall anläßlich der Militärkontrolle aufklären soll. Die betreffenden Kontrolloffiziere waren übrigens nicht in Uniform, sondern in Zivil.

Gestern war eine Militärkontrollkommission in Regensburg. Es ergab sich keine Beanstandung Zwischenfälle mit der Bevölkerung traten nicht ein.

*

Der 36jährige Elsässer Peter Lehmann wurde nach mehrstündiger Verhandlung von dem Kriegsgericht des 20. Armeekorps in Nancy zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt weil er am 23. August 1914 bei Luneville einen französischen Verwundeten erschossen habe. — Wenn man bedenkt, daß die Franzosen im Kriege besondere „Grabenreiniger" hatten, die die deutschen Verwundeten umbringen mußten, ist dieses neue Urteil eine Niedertracht wie sie nur Franzosen fertig bringen.

*

Die deutschen Delegierten für die Sachlieferungen hatten in Paris eine Beratung mit dem Sachlieferungsausschuß. Es wurden drei Unterausschüsse für Kohlenlieferungen, für Transportfragen und die Farbstofflieferungen gewählt.

*

Der Expräsident Millerand richtet bei der Gründung der „National-Republikanischen Liga" einen Aufruf an Frankreich, der eine scharfe Kampfansage an die gegenwärtige Regierung und das Linkskartell enthält. — Der Kampf gegen die Regierung Herriot beginnt.

*

Wie der „Matin" meldet, hat der Direktor der politischen Abteilung am Quai d'Orsay, Laroche, gestern im Auftrage Herriots dem päpstlichen Nuntius Ceretti einen Besuch abgestattet und ihm das Bedauern der französischen Regierung ausgesprochen, daß er sich durch die Ansprache des Kultusministers verletzt gefühlt habe. — Man hat also doch Angst vor dem Kulturkampf.

*

Wie der „Matin" erfährt, beabsichtigt Frankreich nicht, die Beziehungen zum Vatikan völlig abzubrechen. Die Regierung wird versuchen, nach dem Vorbild Amerikas einen Beobachter nach dem Vatikan zu entsenden.

*

Halbamtlich wird gemeldet, daß auf deutscher Seite die Vorbereitungen für den **deutsch-italienischen Handelsvertrag** im vollen Gange sind. Die deutsche Regierung hat sich mit den interessierten Kreisen in Verbindung gesetzt, um die nötigen Unterlagen für die deutschen Einzelwünsche zu erhalten. Die Prüfung und Zusammenstellung dieser Wünsche liegt in der Hand des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsernährungsministeriums.

*

Die italienische „Tribuna" meldet, daß bei Monferrato die Leiche eines Faschisten aufgefunden wurde. Der mutmaßliche Täter ist verhaftet worden. Das Blatt meldet weiter, daß gestern abend in Neapel zwischen Faschisten und Mitgliedern der Vereinigung Italia Liberta eine Schlägerei stattgefunden hat, bei der ein Faschist getötet wurde.

*

Der serbische Minister Timojewitsch hat gestern dem König den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben. Der König hatte mit Davidowitsch eine längere Unterredung. Man nimmt an, daß er mit der Regierungsbildung beauftragt wird.

Baldwins Kabinett.

Stanley Baldwin hat gestern nachmittag dem König die neue Ministerliste vorgelegt.

Außenminister und Präsident des Unterhauses ist Austen Chamberlain. Curzon wird Lord-Vorsitzender des Rates und Führer des Oberhauses. Ferner wurden ernannt: Lord Birkenhead zum Staatssekretär für Indien, Lord Cavo zum Lordkanzler, Sir William Joynson Hicks zum Lord der Admiralität und Amery zum Kolonialminister. Winston Churchill wird Schatzkanzler, Sir Robert Horne ist am Kabinett nicht beteiligt.

In Londoner politischen Kreisen hat die Ernennung Chamberlains zum Außenminister allgemein befriedigt. Man erwartet von ihm, daß er die **britische Außenpolitik wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zurückführt.** Seine gleichzeitige Ernennung zum Führer des Unterhauses bedeute die Fortsetzung des von Lloyd George eingeführten Grundsatzes der Trennung des Postens von dem des Premierministers.

Die Ernennung Churchills wird als Sensation aufgefaßt. Sie wäre der Versuch, auch die Liberalen zur Mitarbeit heranzuziehen. Da Churchill einer der überzeugtesten **Anhänger des Freihandelssystems** ist, kann angenommen werden, daß kein Haushalt durchgeführt wird, der auch nur im geringsten das Reichsbevorzugungssystem begünstigt.

Lord Birkenhead ist als Gegner der gewaltsamen Unterdrückung der Nationalisten Indiens bekannt.

Daß Sir Robert Horne übergangen wurde, wird als eine Beleidigung des Staatsmannes angesehen, der einer der fähigsten und einflußreichsten Mitglieder der konservativen Partei ist. Es war zu erwarten, daß er in Baldwins Kabinett den Posten eines Lordschatzkanzlers erhalten würde. Baldwin trug ihm den Posten des Arbeitsministers an, den Horne zurückwies. Baldwin verschärfte die Kränkung, indem er das Arbeitsministerium Steffen Maitland, einem durchaus mittelmäßigen Politiker, übertrug.

Parlamentseröffnung in London am 2. Dezember.

Das neue englische Parlament tritt am 25. November erstmalig zusammen, um die Vorsitzenden zu wählen und die Eidesleistungen vorzunehmen. Die feierliche Eröffnung folgt am 2. Dezember.

Die „Times" für die Deutschnationalen

Der Berliner Korrespondent der „Times" kommt in einer Besprechung der deutschen Verhältnisse zu dem Schluß daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum bestehen.

Die Bedenken des Kanzlers gegen den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung seien jedoch unbegründet.

Diese Stellungnahme ist um so bedeutsamer, als man die „Times" auch heute noch keineswegs als deutschfreundlich bezeichnen kann; sie hatte z. B. in der französischen Pressehetze wegen der Untersuchungen der Militärkontrollkommission einen durchaus unfreundlichen Standpunkt gegen uns eingenommen.

Das Reich will helfen.

Das Reichskabinett über Steuermilderungen, Personalabbau, Teuerung, Nothilfe und Finanzausgleich.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dringenden Fragen, deren Lösung auf dem normalen gesetzlichen Wege durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden ist. Auf Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Luther führten die Verhandlungen zu folgendem, einstimmig festgestelltem **Ergebnis:**

In der auf Antrag des Finanzministers vom Kabinett bereits grundsätzlich beschlossenen **Steuerermäßigung** erblickt die Reichsregierung nur einen Teil der durchgreifenden Reformarbeiten, die sofort in Angriff genommen werden müssen, nachdem durch Verwirklichung der 800-Millionen-Anleihe die Ausführung des Sachverständigen-Gutachtens gesichert ist. **Ein Teil der** erforderlichen Maßnahmen kann **auf dem Verwaltungswege schon jetzt getroffen** werden, ein anderer soll soweit vorbereitet werden, daß er durch die **künftige Reichsregierung** dem neuen Reichstag sofort zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Im Verwaltungswege sollen die Schutzbestimmungen und Milderungen auf dem Gebiete des Personalabbaues, die der Reichstag in Aussicht genommen hatte, durchgeführt werden, soweit das gesetzlich zulässig ist. **Insbesondere soll mit Ablauf des Kalenderjahres der allgemeine Abbau eingestellt werden.** Nur noch bei einzelnen Verwaltungen, die bisher im Abbau behindert waren, soll mit Zustimmung des Reichsrats und des Hauptausschusses des Reichstages ein weiterer Abbau stattfinden. Die Reichsregierung wird ihre Bestrebungen zur Senkung der Preise weiter fortsetzen, weil sonst alle Bemühungen um eine endgültige Besserstellung der Gehalts- und Lohnempfänger erfolglos bleiben müssen.

Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung eine maßvolle **allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter** zum Zwecke ihrer weiteren Annäherung an die Friedensnominalgehälter sobald wie möglich durchzuführen.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Hereinbringung der Auslandsanleihe von 800 Millionen Mark, die Wiedererlangung der handelspolitischen Freiheit des Reiches, endlich die Tatsache, daß die uns vom Ausland auferlegten Lasten jetzt einigermaßen übersehen werden können, haben nunmehr die Möglichkeit geschaffen, auch der **Milderung der durch den Kriegsausgang und die Geldentwertung hervorgerufenen Nöte** näherzutreten. Dabei kann nunmehr über die früher in Aussicht genommene Begrenzung auf die bedürftigen Kreise, im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen, hinausgegangen werden. Diesbezügliche Vorschläge unterliegen der Prüfung der Reichsregierung. Spekulative Gewinne sollen dabei ausgeschlossen werden.

Die Folgerungen aus den Maßnahmen für die Länder und Gemeinden zu ziehen wird erst möglich sein, wenn über den Finanzausgleich durch den neuen Reichstag endgültig entschieden ist, da der jetzige Einnahmezustand einer Reihe von Gemeinden durchaus vorübergehender Natur sein dürfte. Die Reichsregierung erwartet, daß auch diese Maßnahmen zur Gesundung des Volks- und Wirtschaftskörpers beitragen werden.

Amerika nach der Wahl.

Die gesamte republikanische Presse hat einen scharfen Kampf gegen Lafollette eröffnet. Coolidge hat in einer Erklärung zum ersten Mal die äußere Politik gestreift, indem er erklärt, die Macht Amerikas müsse dazu benutzt werden, bedrückten Völkern zu helfen und die friedlichen Beziehungen zwischen allen Völkern wieder herzustellen. Der Erfolg Coolidges ist hauptsächlich eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwunges, den die Vereinigten Staaten unter den Republikanern nach der Not der Nachkriegszeit nahmen.

Viele Detaille verliehen im letzten Augenblick Lafollette, da sie befürchteten, eine Verschleppung der Kongreßwahlen durch ein totes Rennen könne Geschäftsunsicherheit zur Folge haben.

Coolidge wird Mellon, Hughes, Hoover, Stone bitten, im neuen Kabinett zu bleiben. Der Leiter der Post, Wilbur, der Arbeitssekretär Rew und Davis, der Innenminister, werden wahrscheinlich zurücktreten.

*

Nach einer New Yorker Meldung ist gestern den dortigen Pressevertretern amtlich das politische Programm des Weißen Hauses mitgeteilt worden. Dieses Programm umfaßt folgende Punkte:

1. Starkes Eintreten Amerikas für den internationalen Schiedsgerichtsgedanken. 2. Fortführung des Abrüstungsgedankens. 3. Keine Streichung der Kriegsschuld der Alliierten. 4. Kein Nachlaß der Verpflichtungen ausländischer Schuldner gegenüber Amerika. 5. Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands.

Offiziell wird aus Washington gemeldet, daß Schatzkanzler Mellon beantragen wird, die Schuldentsundierungskommission, die nächsten Februar aufgelöst werden soll, weiter bestehen zu lassen mit der Begründung, daß sich die Fundierung der fremden Schulden bis dahin nicht durchführen lasse.

Der Wahlsieg Coolidges wird auch in den Londoner Blättern ausführlich besprochen. Allgemein kommt das Erstaunen über die Größe des Sieges zum Ausdruck. Lafollette könne der Kristallisationspunkt einer linken fortschrittlichen Gruppe werden.

Das Stimmenverhältnis im Kongreß.

Die genauen Kongreßziffern liegen noch nicht vor, aber falls die Republikaner die Mehrheit haben, ist diese äußerst knapp. Die erste Kongreßtagung findet Anfang Dezember statt.

„Deutschland veralbert uns"

Das „Echo de Paris" schreibt: „Deutschland hält uns zum Narren. Wir machen Kontrollbesuche, aber man läßt uns nicht kontrollieren." Es sei nicht wahr, daß Deutschland tatsächlich kontrolliert sei. Die Ueberwachungskommission soll, so wird behauptet, keinen Nachweis über die Effektivbestände erhalten haben wie sie vor der Ruhrbesetzung waren. Die vorgezeigten Listen seien nur einige Monate alt. Bei einem Kontrollbesuch in der Nähe von Berlin seien den Offizieren **Arbeiter verweigert worden, die versteckte Waffen ausgraben sollten.** Der englische Oberst K. und zwei seiner Begleiter mußten selbst Hand anlegen, und es sei ihnen gelungen, einen englischen Fund von Maschinengewehren und Munition ans Tageslicht zu bringen. „In einer großen Werkstätte bei Berlin" so wird erzählt, „wurde im September über den schlechten Geschäftsgang geklagt. Die Säle waren leer. Arbeiter waren nicht zu sehen. Vierzehn Tage später, bei einem unerwarteten Besuch war die gleiche Werkstatt in voller Tätigkeit. Der Direktor erklärte, daß Sauerstoffbehälter fabriziert würden. Die Untersuchung ergab daß die Fabrik Granaten herstellt." Die Kommission habe weiter festgestellt, daß in den Grenzfestungen und in Küstenforts die Kasematten für die Soldaten renoviert worden seien. Aehnliche Feststellungen seien in den Provinzen gemacht worden. Alle Rapporte schließen: „Seit 1922 hat sich nichts geändert. Die Abrüstung hat keine Fortschritte gemacht." Am Schlusse werden die alten Kamellen Behauptungen über die Geheimorganisationen wiedergegeben. Ein französischer Offizier habe kürzlich bei Dresden ein Depot von Kavallerieröcken und Munition gefunden, das zur Ausrüstung von zwei Divisionen ausreichen würde. Die englischen Offiziere der Kommission seien besonders durch diese Entdeckungen beeinflußt und urteilten äußerst pessimistisch.

Von zuständiger Seite erfahren wir dazu:

1. Den Mitgliedern der Kontrollkommission werden keine Listen über die Effektivbestände vorenthalten; sie erhalten vielmehr jeden von ihnen geforderten Einblick.

2. Es ist richtig, daß bei einem unangemeldeten Besuch einer Kontrollkommission auf dem Schießplatz Ruhleben bei Spandau an einem Sonnabend Nachmittag nicht sofort Arbeiter der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden konnten, und daß einige der herbeigerufenen Zivilarbeiter sich geweigert haben, die Ausgrabungsarbeiten zu denen sie natürlich nicht gezwungen werden konnten vorzunehmen. Bei dem nächsten Besuch dieses Schießplatzes sind der Kontrollkommission die angeforderten Arbeiter von der Heeresverwaltung gestellt worden. Bei den Ausgrabungen wurde jedoch weder ein Maschinengewehr noch eine Pistole noch sonst eine Waffe, sondern nur einige Rollen verrosteter Stacheldraht, sowie einige unbrauchbare leere Patronenkästen und Revolvertrommeln gefunden die vermutlich vor Jahren bei den Unruhen in Spandau dort vergraben worden sind.

3. Vor einigen Tagen war bereits von dem Berliner Berichterstatter des „Journal" behauptet worden, in einer Fabrik bei Berlin würden Granaten hergestellt. Den Anlaß zu dieser Behauptung ergab die Tatsache, daß die Kontrollkommission in dieser Fabrik in der Herstellung begriffenen Stahlflaschen feststellte. Der Sachverhalt ist dann amtlich festgestellt worden. Trotzdem scheint dieser Vorfall dem Berichterstatter des „Echo de Paris" den Vorwand zur Wiederholung dieser unrichtigen Behauptung gegeben zu haben. Es sei deshalb nochmals ausdrücklich festgestellt, daß in keiner Fabrik in und bei Berlin Granaten hergestellt werden.

4. In Swinemünde aber Kurhafen ist keine Kasematte, die zu schleifen ist erneuert worden.

5. Es ist richtig daß seit dem Jahre 1922 keine wesentlichen Abrüstungsmaßnahmen mehr getroffen wurden, da die Abrüstung bis zu diesem Zeitpunkt in allen wichtigen Punkten bereits durchgeführt war. Ernsie im Vergleich zur Gesamtabrüstung unerheblichen Einzelforderungen, die General Walch im Verlauf der Generalinspektion gestellt hat, bilden zurzeit den Gegenstand eines Schriftwechsels zwischen der Deutschen Regierung und der J. M. K. K.

6. Gegen geheime Militärorganisationen ist überall da, wo sie sich wirklich gebildet hatten, von der Deutschen Regierung unverzüglich eingeschritten worden. — Daß englische Mitglieder der J. M. K. K., wie der französische Journalist behauptet, erklärt hätten, sie seien davon überzeugt, Deutschland könne in wenigen Monaten über ein vollständig wiederhergestelltes Kriegsmaterial verfügen, erscheint nicht glaubhaft. Diese Offiziere haben gerade im Laufe der Generalinspektion einen so einsichtsvollen Einblick in die Lage des deutschen Heerwesens und der deutschen Rüstungsindustrie erhalten daß sie bei ihrer technischen Schulung über das Fehlen jeder Voraussetzung für die Neuschaffung solchen Materials in Deutschland nicht im Zweifel sein können.

Wir Deutschen dürfen diese Heterzen der Franzosen nicht etwa leicht nehmen. Zunächst zeigen sie, daß von einem Verständigungswillen bei dem größten Teil der Franzosen nicht die Rede ist, und daß also eine darauf gestützte deutsche Politik auf Sand baut. Weiter aber verfolgen diese in der französischen Presse immer wieder auftauchenden Behauptungen einen ganz bestimmten Zweck: die Berechtigung fortgesetzter Militärkontrolle nachzuweisen und zugleich die Notwendigkeit eines starken französischen Heeres. Die Militärkontrolle kann wie der gestern aus Ingolstadt gemeldete Vorgang beweist, zu Zwischenfällen mit schwerwiegenden außenpolitischen Folgen führen, und das französische Heer ist dazu da, dann einzuschreiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241108019/fragment/page=0001

Unsere verfehlte Politik, durch immer weitergehende Nachgiebigkeit die Franzosen zu verlöhnen, führt also in Wirklichkeit, wie man jetzt sieht, nur dazu, den französischen Militarismus und rücksichtslosen Siegerübermut zu stärken. Auf dieser abschüssigen Bahn gleiten wir immer tiefer in Elend und Gefahren.

Zur Verhaftung des Generals von Nathusius.

Zur Verhaftung des General von Nathusius werden aus einem Briefe der Gattin des Verhafteten an ihren in Lübeck wohnenden Schwiegersohn noch folgende Einzelheiten bekannt:

Als der General in Forbach ankam und dort seine Pässe vorzeigte, wurde er sofort verhaftet. Der General war ganz ruhig. Er wurde korrekt behandelt. In Forbach durfte er in einem Gasthaus übernachten, wurde aber von sechs Detektiven überwacht, die er selbst bezahlen mußte. Am darauffolgenden Tage wurde der General nach Metz gebracht. Durch die Stadt begleiteten ihn die sechs Detektive und eine militärische Abteilung. Die Gattin des Generals trennte sich von ihrem Mann am Gefängnis, wo der Verhaftete von einer Abteilung Marokkaner übernacht wurde. Jeder Verkehr mit ihm ist abgeschnitten, sobalde er sich in Untersuchungshaft befindet. Die ursprüngliche Erlaubnis zu 14tägigem Aufenthalt in Lothringen wurde zurückgezogen, und so mußte die Gattin des Generals am nächsten Tage Metz verlassen. Sie hat sich gleich an den deutschen Botschafter in Paris und das Auswärtige Amt in Berlin gewendet.

*

Gestern abend erhielt Botschaftsrat von Rintelen vom Pariser Auswärtigen Amt die Genehmigung, die Akten des Generals von Nathusius einzusehen. Außerdem hatte er mit einem Mitarbeiter des Generals La Capelle eine Unterredung, über die strengstes Stillschweigen bewahrt wird. — Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt worden, die Freilassung des verhafteten Generals von Nathusius zu verlangen.

Frankreich — Rußland.

Dem russischen Flüchtlingskomitee ist vom Quai d'Orsay erklärt worden, daß die französische Regierung das Komitee nicht als offizielle oder selbstständige Körperschaft gelten lassen könne. Die von dem Komitee an russische Emigranten ausgehändigten Ausweispapiere werden von der französischen Regierung nicht mehr anerkannt. Der neue russische Botschafter Rakowski hat im Auftrage der russischen Regierung die russische Botschaft in Paris besichtigt. Die kaiserliche russische Fahne wurde von einem Vertreter des früheren Botschafters abgeholt. Krassin wird dieser Tage in Paris eintreffen und dann die Leitung der Botschaft übernehmen. — Herriot setzt also seine Politik der Verständigung mit Sowjetrußland konsequent durch. Man wird gespannt sein müssen, wie England und wie die französische Opposition sich zu dieser innen- wie außenpolitisch grundsätzlichen Frage stellen werden.

Gegen den Kaiser von China.

Die chinesische Regierung in Peking hat den gesamten kaiserlichen Besitz übernehmen wollen. Der kaiserliche Palast wird streng bewacht. Der unmündige Kaiser ist aus dem Palast mit der gesamten mandschurischen Familie in den väterlichen Palast im westlichen Stadtteil übergesiedelt. Die Vertreter der Republik haben die Siegel des Kaisers verlangt und ihm ein neues Abkommen aufgezwungen, worin die Verringerung der großen Hofhaltung vorgesehen ist. Ferner soll die bisher gezahlte Lebensrente im Betrage von vier Millionen mexikanischen Dollars auf 500 000 Dollar herabgesetzt werden.

Der Times-Korrespondent meldet aus Peking, daß die **öffentliche Meinung hinter der Regierungsaktion gegen die kaiserliche Familie die Hand des Sowjetvertreters in Peking oder Tunkfassens vermute.** Ob es sich um einen Raubzug gegen die in der Kaiserstadt angehäuften Schätze handelt oder die Wiederherstellung der Monarchie durch Tschangtsolin verhütet werden soll, ist unklar. Der Kaiser hat starke Sympathien für England.

„Ohne zu befürchten."

„Wir unterdrücken unsere Botschaft beim weißen Papst in Rom und dafür errichten wir eine neue Botschaft beim roten Papst in Moskau. Warum das eine, warum das andere?

Zunächst aus materiellen Gründen: Es gibt weder Petroleumquellen noch Platinminen in den Gärten des Vatikans. Also wozu eine Vertretung unterhalten bei einem guten alten Männchen, das allerhand Titel verteilt, die Titel des päpstlichen Grafen, an allerhand Leute?

Und dann: Dieser sogenannte päpstliche Souverän verfügt ja nur über eine lächerlich kleine Armee. Das heißt, er rechnet überhaupt nicht mit; da können wir ruhig unseren Botschafter abberufen, ohne zu befürchten, daß eine solche Kränkung uns einen furchtbaren Krieg zuziehen würde.

So hat es mir noch gestern morgen ein Deputierter erklärt."

*

Die vorstehenden Sätze sind entnommen einer der täglichen Skizzen, die Vautel im Pariser „Journal" schreibt.

Ich bitte meine Leser, sich die Worte des Herrn Deputierten der höchst „antimilitaristischen", „pazifistischen", „antiimperialistischen" und von Sympathie für Deutschland überströmenden Regierung des Herrn Herriot recht schön langsam und gründlich durchzukosten.

Man kann aus solchen und ähnlichen kleinen Zeitungsnotizen für unsere deutsche Außenpolitik und unsere Stellung zu Frankreich mehr lernen, als wenn man von heute bis zum 7. Dezember täglich je eine sozialistische und demokratische Wahlrede anhört.

Ganz besonders schreibe man sich die obigen, echt französisch und echt herriotistisch gedachten Worte in Herz und Hirn: **„Er verfügt nur über eine lächerlich kleine Armee. Das heißt, er rechnet überhaupt nicht mit."**

Wie der Herr Deputierte über den Papst, so denkt er und urteilt ganz gewiß seine Herriotregierung auch über unser deutsches Volk, seitdem es auch nur über „eine lächerlich kleine Armee" verfügt.

Der Herr Deputierte und der Schriftsteller und die Zeitung, die es wiedergibt, sie kennen ihr französisches Volk — besser als wir:

Der Franzose achtet nur, wen er fürchtet. E.

Hitler-Interpellation im bayerischen Landtag.

Im Landtag wurde gestern die Interpellation des völkischen Blocks über die angebliche Nichtanerkennung der österreichischen Staatsangehörigkeit Hitlers verhandelt.

Der Interpellant Abgeordneter Dreler beschuldigte die bayerische Regierung, daß diese beim österreichischen Bundeskanzler angefragt habe, ob er bereit sei, Hitler im österreichischen Staate aufzunehmen, da seine Ausweisung geplant sei. Ministerpräsident Dr. Held beantwortete sofort die Interpellation. Unter Zugrundelegung des österreichischen Rechts stehe die bayerische Regierung auf dem Standpunkt, daß Hitler durch seine mehr als zwölfjährige Abwesenheit von Oesterreich und durch den Eintritt in das deutsche Heer die österreichische Staatsbürgerschaft nicht verloren habe. Aber die Entscheidung der Frage, ob eine Person noch zu ihrem Heimatstaat gehöre oder nicht, stehe nach dem allgemein anerkannten Grundsatze des Völkerrechts nur dem Heimatstaate, in diesem Falle also Oesterreich, zu.

Da es sich bei der Frage der Verletzung der Staatsangehörigkeit durch Eintritt in das Heer eines anderen Staates um eine Rechtsfrage handelt, die von dem Heimatstaat nach den einschlägigen Gesetzesvorschriften in souveräner Ausschließlichkeit zu entscheiden ist, kann in der Entscheidung und ihrer Begründung niemals eine Unfreundlichkeit gegen das Heer des Staates erblickt werden, in das der Betreffende eingetreten ist. Die bayerische Regierung sieht sonach keinen Anlaß und keine Möglichkeit, irgendwelche Schritte im Sinne der Interpellation zu unternehmen.

Die bayerische Königsfrage.

Zu der in der letzten Zeit in Bayern wieder viel erörterten Königsfrage bringt heute der dem Ministerpräsidenten Held nahestehende „Regensburger Anzeiger" u. a. folgende Ausführungen:

So wie die Dinge heute liegen, muß der Gedanke der Wiederaufrichtung der bayerischen Monarchie im Rahmen der deutschen Republik als Utopie bezeichnet werden. Eine isolierte bayerische Restauration würde als ein Verstoß gegen den Reichsgedanken aufgefaßt werden, und die zum Schlag ausholende Republik um Bayern herum würde nicht nur Republikaner als Bundesgenossen haben. Die Monarchie in Bayern dürfe nicht durch eine Revolte, einen Staatsstreich oder einen Putsch kommen. Eine unzeitgemäße Forcierung der monarchistischen Restaurierung in Bayern würde eine große Gefahr in sich bergen. Der im Lande lebende Königsgedanke ist ein kostbares Element des Staatsgedankens. Darum gehört die Pflege des Königsgedankens zu den Aufgaben einer um die Stärkung des bayerischen Staatsgedankens bemühten Politik. Eine solche Politik ist aber verpflichtet, den Königsgedanken im Volke vor völkischen Verirrungen zu bewahren.

Ein Wort von und an Marx.

In einer stark besuchten Wählerversammlung der Zentrumspartei in Münster am 4. November erklärte Reichskanzler Dr. Marx: Der Beitritt von deutschnationalen Ministern wäre nach seiner Ueberzeugung geeignet gewesen, das Mißtrauen des Auslandes zu wecken. Es hätte deshalb alles versucht werden müssen, gewisse Sicherheiten zu schaffen, wenn man dem Willen weiter Kreise der Regierungsparteien auf Hinzuziehung der Deutschnationalen zur Regierung entsprechen wollte.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler a. D.! Wenn Sie der Ansicht waren, daß der Beitritt der Deutschnationalen unsere Stellung im Auslande schädigte, dann hätten Sie die Pflicht gehabt, das offen und ehrlich auszusprechen (wie Sie es später bei der Abstimmung der Zentrumsfraktion getan haben), aber nicht erst gegen ihre Ueberzeugung mit den Parteien über den Eintritt zu verhandeln. Und wenn der Wille der Parteien diese Verhandlungen notwendig machte, dann hätten Sie als aufrechter deutscher Mann daraus die Konsequenz ziehen und von ihrem Kanzlerposten zurücktreten müssen, damit ein anderer Mann mit entgegengesetzter Ueberzeugung die Verhandlungen führen konnte.

So haben Sie nach Ihrer eigenen Aussage eine Rolle gespielt, die nicht geeignet ist, das Vertrauen zu Ihnen und dem bisherigen deutschen Parlamentarismus zu stärken. Wir danken für solche Reichskanzler.

Wir danken aber auch für Reichskanzler, die die innere Politik unseres deutschen Vaterlandes derart den Wünschen unserer Feinde unterwerfen — Von wem wir uns regieren lassen, geht das Ausland gar nichts an. Es mag sich melden, wenn es zu einzelnen Regierungshandlungen Wünsche hat, aber die grundsätzliche und vorherige Ablehnung einer ganzen Regierung verbitten wir uns.

Im übrigen nehmen wir zur Kenntnis, daß Sie den Reichspräsidenten in Schutz nehmen gegen seine eigene Partei, die nach dem Zeugnis ihres Vorsitzenden die Auflösung herbeigeführt hat.

Ein vorsichtiger Polizeichef.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Wiederholt sind Beamte bei Vereinsfestlichkeiten, Gedenkfeiern, Verbandstagungen und ähnlichen Veranstaltungen, zu denen sie als Vertreter ihrer Behörden entsandt waren, durch Entschließungen der Versammelten, Bekenntnisse zum monarchischen Gedanken, gemeinsamen Gesang verbetzender Lieder, Ergebenheits- und Begrüßungstelegramme und dergl. in eine Lage versetzt worden, die sie in Widerspruch mit ihren Pflichten gegenüber der verfassungsmäßigen Staatsform zu setzen und in den Verdacht unangemessenen Verhaltens vor der Oeffentlichkeit zu bringen geeignet war.

Zur Vermeidung derartiger Unzuträglichkeiten ersucht der Minister des Innern in einer Verfügung die ihm unterstellten Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung, sich vor der Beteiligung an solchen Tagungen und dergl. über den Charakter und mutmaßlichen Verlauf der Veranstaltung eingehend zu vergewissern und sich in solchen Fällen zu beteiligen, in denen die Gewähr besteht, daß die erwähnten Möglichkeiten nicht zu gewärtigen sind.

Woher das Geld?

Die Wege der Sozialdemokratie sind für den, der diese Partei nicht näher kennt, dunkel. Darum stößt man auch immer wieder auf die verwunderte Frage, warum ausgerechnet die Sozialdemokratie die Kosten eines Wahlkampfes nicht fürchte, die sich doch mit Vorliebe die „Partei der Enterbten" nenne, während die Parteien, in denen die „Kraut- und Schlotbarone" die „Blutsauger" und „Ausbeuter" sitzen, dieser kostspieligen Aktion durchaus nicht ohne Bedenken gegenüberstehen.

Es ist bekannt, daß der, der sein Geld leicht verdient, es auch leicht ausgibt. Und die Sozialdemokratie nimmt ihr Geld leicht ein.

Ihre Mitgliederbeiträge nicht, da hält's schwer und wenn sie damit ihren Parteiapparat erhalten müßte, hätte sie längst den Laden zumachen müssen.

Die Arbeiter haben Mühe genug, sich und ihre Familie über Wasser zu halten, und der Idealismus, der einst die sozialistische Anhängerschaft durchglühte, ist eingefroren. Hinzu kommt noch die ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit, die der Parteikasse auch nicht zuträglich ist.

Die Sozialdemokratie muß also ungeheure Summen anderweitig herbekommen. Von reichen Leuten, denn arme haben nichts.

Reichtum ist — siehe Parteiprogramm — Mehrwert, um den der Arbeiter „betrogen" worden ist. Wer reich ist, ist es geworden durch „Ausbeutung" anderer. Das ist sündhaft. Nicht sündhaft dagegen ist es, von diesen Ausbeutern Geld für die Parteikasse zu nehmen.

Warum geben nun aber diese Ausbeuter den Sozis Geld? Aus sozialen Gründen? Aus Mitleid für den Arbeiter? Dann hätten sie ja die Arbeiter nicht um den größten Teil ihres Verdienstes „betrügen" dürfen?

Wir kommen noch auf die Frage zurück.

Für heute genügt es, sie gestellt zu haben. Sie ist wert, von den Arbeitern in den Betrieben eingehend besprochen zu werden. Dabei wird den Arbeitern auch in andern Fragen ein Licht aufgehen; vieles von dem, was ihnen bislang dunkel war, wird ihnen hernach mit einem Male verständlich sein. Sie werden dann die Vorgänge im Reichstag mit andern Augen ansehen und sie werden verstehen lernen, daß es nicht die schlechtesten Arbeiterfreunde sind, die da sagen:

Das sozialdemokratische Schiff ist seinem Untergang geweiht; wer ihm noch einen Stoß gibt, erweist sich ein Verdienst um die deutsche Arbeiterschaft. — Arnold Winkelried.

Für 366 Millionen Mark Luxuseinfuhr.

Im Jahre 1924 beträgt unser Außenhandelsdefizit bisher 1300 Millionen Mark, davon entfallen 366 Millionen auf Luxuseinfuhr von Obst, Südfrüchten, Kaffee, Tee, Likör, Wein und Tabak. (Demnach beurteile man den spanischen Handelsvertrag.)

Die Sowjetpropaganda in Zentralasien.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet über die antibritische Propaganda und die Sowjetpläne in Zentralasien: Die Sowjetpropaganda breite sich vom Pamirs-Plateau bis östlich in das Gebiet von Afghanistan aus. Einzelne kleine Sowjetrepubliken seien dort von der Moskauer Regierung auf nationaler Stammesgrundlage gebildet und schließlich der Sowjetföderation angeschlossen worden. Der Nationalfanatismus gegen die Europäer im allgemeinen und gegen die Engländer im besonderen werde aufgepeitscht. Die meisten dieser kleinen Sowjetstaaten liegen im Gebiet der transasiatischen Handelswege.

Der neue Roman.

Unsere Leser und Leserinnen, die heute das Auftreten Veit Bullijahns mit seinen „25 Bräuten" und neuen Roman erwarteten, werden sicher nicht enttäuscht sein, daß vorerst ein anderer Roman, „Die Insel der verlorenen Schiffe", von Crittenden Marriott, ins Deutsche übertragen von Ottomar Reichard, erscheint. Den Abdruck des Schelmenromanes „25 Bräute" haben wir für eine spätere Zeit vorgesehen.

Nicht ganz unbekannt wird vielen Lesern der neue Roman sein, denn vor längerer Zeit lasen die täglich ausverkauften C.-A.-Lichtspiele am Nieberplatz Zeugnis ab, daß der verfilmte Roman

„Die Insel der verlorenen Schiffe"

einem ganz außerordentlichen Interesse begegnete.

Welt draußen im Atlantischen Ozean liegt das Sargasso-Meer. Seit Jahrhunderten, so geht unter Seeleuten die Sage, werden durch den Golfstrom hier die tausende von Wracks zusammengetrieben. Geheimnisvolles Leben und Treiben sollen dort herrschen und ein tiefes Grauen befällt die Seeleute. Kein Mensch hatte je diese Insel der verlorenen Schiffe betreten, bis endlich Angehörige des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten, Amerikaner, als Schiffbrüchige der „Queen" nach unsäglichen Mühen und wunderbaren Abenteuern der aufhorchenden Mitwelt das Rätsel des Sargasso-Meeres verkünden konnten.

Francis Havard, ein wegen Gattenmordes zum Tode verurteilter ehemaliger Marineoffizier, und Miß Fairal, Tochter eines großen amerikanischen Zeitungsmilliardärs, stehen im Mittelpunkt der Handlung. Ob Havard unschuldig war und wie es ihm in sein so geradezu unglaublichen Abenteuern gelingt, sich die Frau seiner Liebe zu erringen und den Atlantischen Ozean von den Schrecken des Sargasso-Meeres zu befreien, darüber gibt unseren Lesern dieser äußerst spannende Roman Auskunft. (Der Anfang des Romans befindet sich auf Seite 11 dieser Nummer.)

Nachklang zur Zeppelinfahrt.

Der als Schriftsteller über Aeronautik bekannte L. Blin Desbleds schreibt: Es ist zurzeit noch keine leichte Aufgabe die volle Bedeutung der Zeppelinfahrt zu erfassen. Selbst unter den ersten der heutigen aronautischen Experten finden sich wenige, welche die Möglichkeiten dieses letzten Triumphes angemandter Wissenschaft voll einschätzen. Die Fortschritte Deutschlands im Luftschiffbau während des Krieges sind bemerkenswert. Nachstehende Ziffern geben ein Bild der deutschen Leistungen während der Jahre 1914 bis 1918, welche die Möglichkeiten für den erfolgreichen Flug des „L. R. III" geschaffen haben.

Typ	Länge in Meter	Durchm. in Meter	Gasvolumen Kubikfuß	Auftrieb in rngl. Pfd	Zahl u. P.S. Mot.	Geschw. in Meter	Geschw. in Meilen	Motgew. Höhe in Fuß
L 3	518	49	794 250	19 140	3 à 210	47		6 560
L 10	536	61	1 126 070	24 820	4 à 210	58		9 180
L 20	595	61	1 263 740	39 160	4 à 240	57		10 599
L 30	655	78	1 941 500	62 700	6 à 240	60		12 450
L 60	655	78	1 971 500	87 120	6 à 240	68		19 700
L 71	753	78	2 418 950	112 290	6 à 260	76		21 300
L 100 (L. Entwurf 1918)	790	96	3 812 400	181 400	10 à 260	83		26 900

Die Tafel zeigt, daß in vier Jahren das Gasvolumen von 794 250 auf 3 812 400 Kubikfuß gestiegen ist, die Auftrieb von 8 auf 82 Tonnen, die Geschwindigkeit von 47 auf 83 engl. Meilen pro Stunde und der Kulminationspunkt von 6560 auf 26 900 Fuß. Aber es ist noch die Steigerung eines anderen Faktors erreicht worden, der den erreichten Fortschritt verdeutlicht. In technischer Sprache kennt man ihn als den aerostatischen Nützlichkeitskoeffizienten. Dieser Koeffizient, der die Beziehung zwischen der Auftrieb und dem Gesamtgewicht eines Luftschiffes ausdrückt, betrug in Prozenten 1914 29 Prozent. Ende 1918 59 Proz. Bei dem leistungsfähigsten nichtstarren Luftschiff, bei dem das tote Gewicht auf ein Minimum reduziert sein soll, hat er niemals über 45 Proz. betragen.

Betrachten wir nun kurz, was dieser große technische und praktische Fortschritt für die unmittelbare Zukunft bedeutet. „Z. R. III" ist infolge eines internationalen Abkommens nach Amerika geflogen. Nach den Bestimmungen dieses Abkommens darf das Luftschiff nicht für militärische Zwecke benutzt werden. Obschon es augenblicklich in der amerikanischen Flottenaufsichtsbehörde untergebracht ist, gehört es nicht der amerikanischen Flotte, sondern der amerikanischen Regierung, die beabsichtigt, es gründlichen Erprobungen zu unterziehen, um seine kommerzielle Nützlichkeit festzustellen. Tatsächlich ist es als ein Sonderfahrzeug ausgerüstet worden mit Schlafkabinen usw. Was nun die kommerzielle Verwendbarkeit von Luftschiffen anlangt, so ist vom Gesichtspunkt der amerikanischen Regierung aus eine Seite des Problems von beträchtlicher Wichtigkeit. Am Schluß des Krieges von der Staatsregierung unternommene Seetransport ist zugestandenermaßen ein Mißerfolg gewesen. Dies hat das amerikanische Weltprestige etwas vermindert. In dem Luftschiff sehen nun die Berater der amerikanischen Regierung ein Mittel, das Prestige nicht nur wiederherzustellen, sondern zu erhöhen. Und es sind die nordatlantischen Routen, gerade die Routen zwischen Neuyork und Europa, auf denen die amerikanischen Staatsdampfer in ihrem Wettbewerb mit denen fremder Länder so schlecht abgeschnitten haben, und die mit schnellen Luftdampfern so gut verlohnt sind, auf denen die Amerikaner ihren Betrieb mit kommerziellen Luftschiffen beginnen mögen. Auf diesen Routen ist die praktische Entwickelung von Postdampfern technischen Schwierigkeiten begegnet und zurzeit anscheinend zum Stillstand gekommen. Angesichts dieser Schwierigkeiten mag das Luftschiff auf den nordatlantischen Routen die unmittelbarste Chance kommerziellen Erfolges finden.

Bei dem gegenwärtigen Stande der Schiffsarchitektur und -konstruktion ist es kaum möglich, die Geschwindigkeit der großen, jetzt zwischen Nordamerika und Europa verkehrenden Postdampfer zu erhöhen. Um vollen Profit von seiner Geschwindigkeit zu erlangen, ist ein Postdampfer an gewisse Ankunft- und Abfahrtszeiten gebunden. Diese Fahrplanzeiten hängen aber selber von einer Anzahl verschiedener Faktoren ab, wie von der Einnahme und Abfertigung der Postsäcke, der Organisation der Bahnen usw. Die Zeit ist gekommen, wo es für unsere großen atlantischen Dampfer von keiner praktischen Bedeutung ist, einen Gewinn von nur wenigen Stunden zu erreichen. Man hat berechnet, daß es zur Erreichung bestimmter Vorteile notwendig ist nicht weniger als 16 Stunden bei jeder Ueberfahrt zu gewinnen. Um einen solchen Gewinn zu erreichen, müßten aber unsere atlantischen Dampfer eine Geschwindigkeitserhöhung um fünf Knoten erhalten, und diese Geschwindigkeitsvermehrung würde unpraktische Größenverhältnisse erfordern. — Auf Erfahrungen der „Mauretania" und der „Majestic" gestützte Schätzungen zeigen, daß unsere Dampfer für eine Erhöhung ihrer Geschwindigkeit um fünf Knoten ein Deplacement von über 107 000 Tonnen erhalten müßten, eine Länge von 1100, eine Breite von 150 und einen Tiefgang von 40 Fuß. Um diesem Koloß eine Geschwindigkeit von 32 Knoten zu geben, müßten seine Maschinen 380 000 P.S. entwickeln. Hier liegt die Chance großer Luftschiffe für schnelle Atlantikfahrten auf kommerzieller Basis.

Besuch aus Holland.

Ein Professor der Maschinenkunde aus Rotterdam weilte kürzlich mit acht holländischen Großgrundbesitzern in Halle, um sich die Anwendung der neuesten landwirtschaftlichen Maschinen auf dem als Mustergut anerkannten Stadtgut Gimritz anzusehen. Die Herren besichtigten eingehend die Maschinen und gaben ihrer Befriedigung über den Zustand des Gutes Ausdruck. Herr Oberamtmann Görg war den Herren aus der Fachliteratur und als Vorsitzender der Geräteabteilung der D. L. G. bekannt geworden. Leider war er abwesend und konnte die Herren nicht persönlich durch das Gut führen.

Das „Intermezzo" von Richard Strauß in Dresden. In Dresden fand dieser Tage die Uraufführung der neuen Oper „Intermezzo" von Richard Strauß statt. Das Werk fand stürmischen Beifall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241108019/fragment/page=0002